

Eine starke Wirtschaft für alle

Freiheitsagenda für neuen Wohlstand und
Aufstiegchancen in Nordrhein-Westfalen und
Deutschland

Landtagsfraktion
Nordrhein-
Westfalen

FDP

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Marcel Hafke

Parlamentarischer Geschäftsführer
0211 - 884 4430
marcel.hafke@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Clara Gather

Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung
0211 - 884 44 81
clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 09.07.2026

Eine starke Wirtschaft für alle

Freiheitsagenda für neuen Wohlstand und Aufstiegschancen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist weiterhin schlecht. Im Vergleich zu anderen Staaten fallen wir deutlich zurück. Dabei hat unser Land mit Industrie und Mittelstand, Handwerk und Selbstständigen eine starke wirtschaftliche Basis. Das Potenzial unserer Wirtschaft wird aber seit Jahren ausgebremst: durch schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen. Wir Freie Demokraten wollen das ändern – in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Wir wollen ermöglichen, dass unser Land wirtschaftlich wieder wächst, damit mehr Menschen mit ihrem Einsatz und ihrer Leistung neue Aufstiegschancen nutzen und sich etwas aufbauen können.

Für ein deutliches Plus bei Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Aufstiegschancen braucht es ein dickes Minus: geringere Energiekosten, geringere Lohnnebenkosten, weniger (Sanierungs-)Stau, weniger Bürokratie, weniger politische Detailsteuerung. Kurzum: ein dickes Minus beim fetten Staat, der das Land, die Menschen und die Unternehmen ausbremst. Dafür machen wir einen Vorschlag. Das ist unsere Agenda für eine starke Wirtschaft für alle:

1. Energiekosten senken

- Die Energiekosten müssen kurzfristig sinken und die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein. Das sture Festhalten der schwarz-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen am vorgezogenen Kohleausstieg 2030 ist ein teurer und gefährlicher Irrweg. Wenn die Bundesregierung im gesetzlich vorgesehenen Evaluierungsbericht, der bis zum 15. August 2026 vorliegen muss, zu dem Ergebnis kommt, dass die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet ist, muss der vorgezogene Kohleausstieg aufgegeben werden. Braunkohle ist nicht die Zukunft der Energieversorgung, aber für ein grünes Prestigeprojekt darf die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen nicht durch verteuerte Energie aufs Spiel gesetzt werden.
- Der Staat darf bei den Energiepreisen nicht länger Preistreiber sein und sich anschließend als Retter inszenieren. Wer Strom künstlich verteuert, schwächt Industrie, Mittelstand, Handwerk und private Haushalte zugleich. Die Energiepreise müssen daher weitestmöglich von staatlichen Umlagen, Abgaben und Steuern entlastet werden. Die Stromsteuer muss auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden. Auch die Energiesteuer wollen wir senken.

- Wir brauchen einen Kapazitätsmechanismus, der Speicher, flexible Lasten und Backup-Kraftwerke in einen technologieoffenen Wettbewerb bringt. So werden Versorgungssicherheit und niedrige Preise nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam organisiert.
- Deutschland verfügt selbst über große potenzielle Erdgasvorkommen in Form von Schiefergas. Es ist energiepolitisch fahrlässig, teures Flüssiggas unter geringeren Umwelt- und Transparenzstandards aus der ganzen Welt nach Deutschland zu bringen, während heimische Förderpotenziale aus ideologischen Gründen nicht einmal geprüft werden. Es gilt, dieses Potenzial zu erschließen und unter strengen Standards nutzbar zu machen. Fracking sollte kein Schimpfwort mehr sein, sondern ein Unabhängigkeitsversprechen.
- Wind- und Solarenergie bleiben tragende Säulen des künftigen Energiesystems, die als marktfähige Technologien keine Förderung mehr benötigen. Entscheidend ist, sie im Ausbau stärker netzdienlich und räumlich mit Speichern und Verbrauchern zu koordinieren. Damit senken wir auch die Netzentgelte, die grundsätzlich kein Preistreiber mehr sein dürfen. Windräder zu bauen, ohne dass es dafür überhaupt Netzanschlüsse gibt, ist der falsche Weg. Und auch beim Netzausbau braucht es schnelle und einfache Lösungen, die Energie nicht zusätzlich verteuern. Daher sollte beispielsweise die Erdverkabelung von Hochspannungstrassen die absolute Ausnahme sein. Wenn zudem bestehende Freilandleitungen ertüchtigt und erweitert werden, braucht es dafür keine langwierigen Genehmigungsverfahren.
- Die Fusion ist eine der vielversprechendsten Energiequellen der Zukunft, deren Nutzung wir aktiv vorantreiben wollen. Sie ermöglicht saubere, sichere und nahezu unbegrenzt verfügbare Energie und kann langfristig eine grundlastfähige Ergänzung zu erneuerbaren Energien darstellen. Zudem birgt sie großes wirtschaftliches Potenzial, wenn Fusionstechnik aus Deutschland weltweit führend ist. Anstelle der Förderung vieler kleinteiliger Projekte, die oftmals nicht aufeinander abgestimmt und deren Wirkungen auf einen echten „Strukturwandel“ überschaubar erscheinen, sollten die Milliardenmittel für das Rheinische Revier auch dafür eingesetzt werden, dass eben dort ein erster Fusions-Forschungsreaktor entsteht.

2. Lohnnebenkosten senken

- Das umlagefinanzierte und zunehmend durch Steuermittel gestützte Rentensystem kommt durch den demographischen Wandel in eine gravierende Schieflage zulasten künftiger Generationen. Deswegen braucht es jetzt weitgehende Reformen, damit die Beiträge zur Rentenversicherung nicht unaufhaltsam steigen. Dazu gehört eine echte Aktienrente mit individuellen, eigentumsgeschützten Kapitalkonten für alle Rentenversicherten, in die ein schrittweise steigender Anteil der bisherigen Pflichtbeiträge eingezahlt und aus denen global breit gestreut investiert wird. Eine politisch gesteuerte Nutzung der Beiträge zur Aktienrente für die Subventionierung einzelner Branchen verbietet sich – es ist das Kapital der Menschen, nicht des Staates. Rentenanpassungen müssen künftig stärker an der Preisentwicklung statt an der Lohnentwicklung ausgerichtet werden. Statt starrer Grenzen brauchen wir mehr Flexibilität beim Renteneintritt. Die subventionierte Frühverrentung („Rente mit 63“) gehört sofort abgeschafft. Die betriebliche Altersvorsorge muss einfacher, transparenter, renditestärker und portabel werden; die private Altersvorsorge muss durch Altersvorsorgedepots und andere langfristige Sparprodukte gestärkt werden.

- Im Gesundheitssystem müssen wir Kosten senken – statt zusätzliche Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen. Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze lehnen wir ab, weil sie die Lohnzusatzkosten weiter treibt. Stattdessen wollen wir eine grundlegende Reform: Weniger Verwaltung und mehr Effizienz durch deutliche Reduzierung der Zahl der gesetzlichen Krankenkassen, echten Wettbewerb der Krankenkassen untereinander, flexiblere Tarifwahlmöglichkeiten, zwei Karenztage bei der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Außerdem müssen die gesetzlichen Kassen dringend von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden: Die Gesundheitskosten der Grundsicherungsempfänger in Milliardenhöhe müssen aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden.
- Wir wollen Minijobs erhalten. Sie sind für viele Beschäftigte eine wichtige Stufe für den Ein- und Aufstieg, die sich auch zukünftig lohnen muss. Auch für viele Betriebe sind Minijobs unverzichtbar, um flexibel auf schwankende Nachfrage, saisonale Spitzen und unterschiedliche Arbeitszeitmodelle zu reagieren. Die Bundesregierung plant aktuell mit der GKV-Reform eine Anhebung des Beitragssatzes für Arbeitgeber von Minijobs von 13 Prozent auf 17,5 Prozent. Diese Erhöhung lehnen wir ebenso ab wie die vorgesehene Anhebung der pauschalen Besteuerung und die mit den Vorschlägen der Rentenkommission verbundene faktische Abschaffung von Minijobs.

3. Infrastruktur ausbauen

- Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nummer 1. Von allen Bundesländern hat es den größten Sanierungstau bei der Verkehrsinfrastruktur. Um hier endlich mit mehr Tempo voranzukommen, brauchen wir massive Verfahrensvereinfachung in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur – egal ob Bund, Land oder Kommune verantwortlich ist. Dafür wollen wir insbesondere dort, wo bestehende Infrastruktur erneuert wird, konsequent auf Umweltverträglichkeitsprüfungen und Planfeststellungsverfahren verzichten. Dringend notwendige Infrastrukturprojekte dürfen nicht länger durch Endlosschleifen aus Einwendungen, Gutachten und Klagen blockiert werden. Daher brauchen wir eine Einschränkung des Verbandsklagerechts, verbindliche Stichtagsfristen für Genehmigungsverfahren, funktionale Ausschreibungen, Geschwindigkeit als Ausschreibungskriterium und den 24/7-Betrieb von Baustellen. Zudem wollen wir sämtliche Vorhaben des Landesstraßenbedarfsplans gesetzlich als im „überragenden öffentlichen Interesse“ festschreiben, um diese maximal zu beschleunigen.
- Wir wollen eine vorausschauende Infrastrukturpolitik, die über Legislaturperioden hinausdenkt. Aus- und Neubauvorhaben müssen verlässlich und überjährig finanziert werden. Auch die Möglichkeiten zum Einbezug privaten Kapitals müssen deutlich ausgeweitet werden. Wir brauchen einen Planungsvorrat für Infrastrukturvorhaben, damit jederzeit ein neues Projekt baureif ist.
- Zur Infrastruktur gehört auch der Ausbau von Rechenzentren, vor allem durch die Mobilisierung von privatem Kapital. Wir wollen Rechenzentren als Infrastruktur von strategischem Interesse schneller genehmigen. Flächen- und Netzkapazitäten sollen gezielt an realisierungsreife Projekte vergeben werden. Zusätzliche Hürden, insbesondere durch das Energieeffizienzgesetz, müssen verhindert werden.

4. Bürokratie abbauen

- Bürokratie ist ein erheblicher Standortnachteil. Deshalb brauchen wir die Bürokratie-Notbremse: Ein vollständiges Bürokratiemoratorium, damit keine weiteren Belastungen beschlossen werden. In einem zweiten Schritt muss der gesamte bestehende Regelungskatalog auf den Prüfstand. Das Tariftreuegesetz im Bund sollte abgeschafft, das im Land gar nicht erst beschlossen werden. Ebenfalls abgeschafft bzw. abgewendet werden müssen das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz und das Entgelttransparenzgesetz.
- Wir brauchen einen Haltungswechsel in allen Bereichen, in denen Menschen Wochen bis Monate auf Genehmigungen warten. Anträge sollen zukünftig nach Ablauf einer konkreten Frist von in der Regel drei Monaten automatisch genehmigt werden, wenn die zuständige Stelle nicht bis dahin widerspricht.
- Wir wollen unabhängigen Gremien und der Wirtschaft ein echtes Veto-Recht bei Bürokratie geben. Im Bund wollen wir den Nationalen Normenkontrollrat mit einem Widerspruchsrecht gegen zusätzliche Belastungen stärken, das nur mit Kanzlermehrheit überstimmt werden kann. In Nordrhein-Westfalen wollen wir einen starken Normenkontrollrat einführen und die Clearing-stelle Mittelstand unter anderem mit einem eigenen Initiativrecht institutionell stärken.

5. Steuern senken

- Das Einzige, was in Deutschland noch wächst, sind die öffentlichen Haushalte. Hier braucht es eine Umkehr: Deutschland braucht ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem, in dem sich Leistung und Anstrengung lohnen und belohnt werden. Wir wollen nur noch vier Stufen im Einkommensteuertarif (15, 25, 35 und 42 Prozent). Langfristig schlagen wir eine Flat Tax vor – einen Steuersatz für alle, ohne zusätzliche Ausnahmen. Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer sollte auf das Einkommen bei Vollzeitarbeit zum gesetzlichen Mindestlohn angehoben und entsprechend dynamisiert werden.
- Die Senkung der Körperschaftsteuer muss bereits ab 2027 in Kraft treten. So kann die Wettbewerbsfähigkeit kurzfristig gestärkt werden. Denn bei der steuerlichen Belastung von Unternehmen liegt Deutschland an der Spitze, während andere OECD-Länder längst Unternehmenssteuern senken.
- Wir wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen.
- Ebenso wollen wir die Erbschaftsteuer abschaffen. Wer einmal Geld erarbeitet und versteuert hat, der muss auch selbst entscheiden können, was nach dem Tod mit dem Geld passiert. Gerade Familienunternehmen sind zu oft von der Erbschaftsteuer belastet. Der Staat darf Unternehmensnachfolge nicht zur Liquiditätskrise machen, denn das gefährdet Betriebe und damit Arbeitsplätze.
- Wir brauchen eine Grundsteuer und eine Grunderwerbsteuer, die den Erwerb und den Erhalt von Eigentum erleichtert statt ausbremst. Die Grunderwerbsteuer sollte schrittweise auf das absolute Minimum gesenkt werden. Die Grundsteuer muss einfach, niedrig und flächenbasiert

ausgestaltet werden. Das schwarz-grüne Hebesatzsplitting bei der Grundsteuer benachteiligt Wohneigentum ebenso wie betriebliche Nutzungen und ist gescheitert.

- Kommunale (Bagatell-)Steuern wie die Verpackungsteuer oder die Bettensteuer, die Flickenteppiche erzeugen, keine klare Lenkungswirkung besitzen und vor allem einseitige finanzielle und bürokratische Belastungen erzeugen, lehnen wir ab. Die Erhebung wollen wir durch Landesgesetz ausschließen.
- Der wichtigste Teil der kommunalen Einnahmen ist derzeit die Gewerbesteuer. Sie ist im Vergleich zu den übrigen Einnahmearten jedoch auch die volatilste: In Boom-Zeiten sprudeln die Einnahmen, eine Rezession reißt große Löcher in die kommunalen Haushalte. Deswegen wollen wir die Gewerbesteuer abschaffen und durch einen höheren, kommunalen Anteil an der Mehrwertsteuer ersetzen. Das würde die Kommunen von konjunkturellen Schwankungen unabhängiger machen. Zudem wollen wir den Kommunen das Recht geben, eigene Hebesätze auf die Körperschaft-, die Lohn- und die Einkommensteuer zu beschließen. Das stärkt einerseits die kommunale Selbstverwaltung, andererseits wird die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erhöht.

6. Deregulierung statt Detailsteuerung

- Wir brauchen einen grundsätzlichen Richtungswechsel hin zu mehr Vertrauen in Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Soziale Marktwirtschaft. Betriebe brauchen keine staatliche Steuerung über Förderprogramme, sie brauchen mehr Freiheit. Nur so können Innovationen entwickelt und finanziert werden, die zu neuen Produkten und neuen Arbeitsplätzen führen.
- Klimapolitik muss marktwirtschaftlich und global gedacht und umgesetzt werden. Deutsche Alleingänge retten nicht das Weltklima, sie verlagern nur Arbeitsplätze und Emissionen ins Ausland und gefährden unseren Wohlstand. Der Emissionshandel ist das marktwirtschaftliche Instrument des Klimaschutzes, das die Menge an Treibhausgasen klar begrenzt. Er schafft Anreize für Klimaschutz und lenkt Investitionen in die klimafreundlichen Technologien mit dem größten Nutzen. Alle anderen Maßnahmen der Klimaregulierungspolitik wie kleinteilige Vorgaben, Verbote, Subventionsprogramme sowie Alleingänge und Ziele, die über das System des Emissionshandelns hinaus gehen, müssen abgeschafft werden. Der Emissionshandel kann nur dann das effizienteste Instrument zur Erreichung der Klimaneutralität sein, wenn er das einzige Instrument ist und global umgesetzt wird.
- Die historisch gewachsene Sonn- und Feiertagsruhe muss modernisiert und an die veränderte Lebenswirklichkeit angepasst werden. Der regelmäßige Grenzstau zum Beispiel in die Niederlande zeigt: Wir brauchen wesentlich flexiblere Sonntagsregelungen in den Bundes- und Landesgesetzen. Besonders in den Grenzregionen versteht kaum jemand, warum man wenige Kilometer weiter sonntags einkaufen kann, während Nordrhein-Westfalen Wertschöpfung an die Nachbarländer verliert. In Nordrhein-Westfalen wollen wir konkret: zwölf verkaufsoffene Sonntage in jeder Kommune, einen rechtssicheren Betrieb für Automatenshops & SB-Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen und eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, damit z.B. Kioske und Trinkhallen an Sonntagen ganztägig mit ihrem regulären Sortiment öffnen dürfen.

- Mehr Flexibilität brauchen wir am Arbeitsmarkt. Wir wollen Regelungen, die neue Arbeitsplätze ermöglichen statt verhindern. Eine Anhebung der Grenze für den allgemeinen Kündigungsschutz würde dafür sorgen, dass nicht bereits ab dem elften Mitarbeiter die strengeren Regeln gelten. Auch eine Erweiterung des Kündigungsschutzgesetzes um einfache, rechtssichere Abfindungsregeln würde langwierige Rechtsprozesse vermeiden und dadurch mehr Geschwindigkeit in den Arbeitsmarkt bringen. Außerdem brauchen wir endlich eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit und Öffnungsklauseln bei Ruhezeitregelungen.
- Das wirtschaftliche Potenzial Künstlicher Intelligenz wollen wir viel stärker nutzen. Während wir bei Spitzenmodellen in internationalen Wettbewerb hinterherhinken, können wir in anderen Bereichen, wie bei der Verknüpfung von KI-Anwendung mit Produktion und Wertschöpfung, eine Vorreiterrolle übernehmen. Mit den richtigen Rahmenbedingungen, die Innovationen ermöglichen, bekommt der industrielle Mittelstand durch die Chance auf Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen neue Perspektiven und Wachstumspotenzial.

7. Selbstständigkeit stärken

- Wir brauchen gesamtgesellschaftlich wieder ein positives Unternehmergebild. Kinder und Jugendliche sollen sich vorstellen können, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder zu führen, weil ihnen der Wert des Unternehmertums vermittelt wird. Wirtschaft als Fach in allen Schulformen hat dafür eine besondere Bedeutung. Dazu gehört ausdrücklich auch finanzielle Bildung als Grundausrüstung für Freiheit und Aufstieg: Junge Menschen sollen in die Lage versetzt werden, finanzielle Entscheidungen eigenständig zu treffen, Schuldenfallen zu vermeiden, Vorsorge zu planen und Chancen am Kapitalmarkt verantwortungsvoll nutzen zu können.
- Wir setzen uns für eine Abschaffung des Statusfeststellungsverfahrens zugunsten eines Statuserklärungsverfahrens ein. Notarielle Beurkundungserfordernisse wollen wir abschaffen und Handelsregistereintragungen beschleunigen.
- Wir wollen die Wahlfreiheit von Selbstständigen bei der Altersvorsorge sichern – eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir deswegen ab. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge soll künftig allen Erwerbstätigen offenstehen.
- Das Gründerstipendium in Nordrhein-Westfalen ist eine liberale Erfolgsgeschichte. Angehende Gründerinnen und Gründer werden in der Frühphase ihres Unternehmens finanziell unterstützt, sodass aus Ideen schnell Unternehmen werden können. Dass die schwarz-grüne Landesregierung das Programm nach Haushaltskürzungen nun pausiert, ist ein fatales Signal. Das Gründungsstipendium.NRW muss kurzfristig wieder arbeitsfähig gemacht und langfristig finanziell sowie organisatorisch abgesichert werden.

**Landtagsfraktion
Nordrhein-
Westfalen**

FDP